

| | |
|-----------------------|-------------------------------------|
| Frau Elke Lerchner | auf Vorschlag der FDP |
| Frau Helene Uckermann | auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN |
| Herr Richard Klein | auf Vorschlag der Linken |

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

| | |
|-------------------------|---|
| Frau Helga Blümel | Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region |
| Frau Monika Dierksmeier | Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V. |
| Frau Maria Hanisch | Caritasverband für die Stadt Köln e.V. |
| Herr Stefan Kersjes | Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. |
| Herr Marc Ruda | Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V. |

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|--------------------|-----------------------|--------------|
| Herr Peter Krücker | auf Vorschlag der CDU | Entschuldigt |
|--------------------|-----------------------|--------------|

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Herr Andreas Kossiski | auf Vorschlag der SPD |
| Herr Franz Xaver Corneth | auf Vorschlag der CDU |

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

| | |
|--------------------------------|--|
| Frau Carolina Brauckmann | Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule |
| Frau Michaela Diers | AIDS-Hilfe Köln e.V. |
| Frau Roswitha-Cornelia Burauen | auf Vorschlag der Seniorenvertretung |
| Frau Antonella Giurano | Bunte |
| Herr Dimitri Rempel | Einheit |
| Frau Annelie Appelman | doMS e.V. |
| Herr Carl-Wilhelm Rößler | auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik |

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

| | |
|-----------------------------|---|
| Frau Cornelia Harrer | Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V. |
| Frau Susanne Schönewolff | Diakonisches Werk |
| Frau Stella Shcherbatova | Synagogengemeinde |
| Frau Ulrike Volland-Dörmann | Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. |
| Frau Bärbel von der Linde | Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V. |

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Einrichtung von Pfändungsschutzkonten für Kunden/innen des Jobcenters Köln

Hier: Ergänzende Anfrage des Herrn Klein zur Antwort unter TOP 3.2 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 26.01.2012
(5263/2011)
0488/2012

4 Mitteilungen

4.1 Videoguides für Gehörlose im Rautenstrauch-Joest-Museum 0310/2012

4.2 Toilettenkonzept, Zwischenbericht hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Toilettenkonzept" AN/2050/2011 aus der Sitzung am 06.12.2011 0517/2012

4.3 Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln, Handlungsleitfaden Sozialraumkoordination 0841/2012

4.4 Fachtagung "So kann man doch nicht leben! Vermüllt und verwahrlost" 0860/2012

4.5 Bericht über die Winterhilfeaktivitäten 2011/2012 des Amtes für Soziales und Senioren für Wohnungslose Bürgerinnen und Bürger 0711/2012

5 Wohnen

5.1 "Wohnen für Hilfe" Köln erhält weitere Anerkennung 0828/2012

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
0896/2012

7 JobCenter Köln

- 7.1 Bericht des Jobcenters Köln
0769/2012
- 7.2 Anfragen zum Jobcenter

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2012
0531/2012

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 9.1. Gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern - Frauenhäuser stärken
AN/2062/2011

Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder –
Frauenhäuser stärken
AN/2152/2011

TOP 9.1 Gem. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen "Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder - Frauenhäuser stärken"
AN/0129/2012

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 10.1.1 Neueinrichtung von Bürger- (und Vereins-) Zentren
AN/0025/2012
- 10.1.2 Anfrage im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfra-
gen/Vergabe/Internationales zum Thema Kältebus
0659/2012
- 10.1.3 Neueinrichtung von Bürger- (und Vereins-) Zentren
0871/2012

10.2 Aktuelle schriftliche Anfragen

10.2.1 Energiearmut
AN/0317/2012

10.2.2 Betriebsintegrierte Werkstattarbeitsplätze und Ausbildungsplätze für behinderte Menschen
AN/0329/2012

10.2.3 Drohende Schließung von Einrichtungen des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und des Sozialdienstes katholischer Männer (SKM)
AN/0367/2012

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht 2011
0170/2012

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung und Überlassungsverordnung
0327/2012

13.2 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes
0270/2012

hier: TOP 13.2 Vorlagen-Nr. 0270/2012 "Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes"
AN/0366/2012

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Mündliche Anfragen

17.1 Frauenhäuser
0017/2012

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 **Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen**
- 3.1 **Einrichtung von Pfändungsschutzkonten für Kunden/innen des Jobcenters Köln**
Hier: Ergänzende Anfrage des Herrn Klein zur Antwort unter TOP 3.2 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 26.01.2012 (5263/2011) 0488/2012

Der Ausschuss nimmt die Antwort ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

- 4 **Mitteilungen**
- 4.1 **Videoguides für Gehörlose im Rautenstrauch-Joest-Museum 0310/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt die Initiative für Gehörlose und dankt der Verwaltung.

Frau Schmerbach schließt sich dem Lob des Vorsitzenden an und fragt, ob solche Angebote für Gehörlose und andere Behinderungen (z.B. Sehbehinderungen) auch für andere Museen angedacht seien.

Herr Schelenz antwortet, dass er sich wünschen würde, solche Angebote auch in anderen Museen anbieten zu können, aber momentan sei es nicht möglich, solche Angebote aus eigener Kraft zu finanzieren. Ähnliche Angebote für Sehbehinderte anzubieten, sei ebenfalls schwierig, da die meisten Exponate nicht angefasst werden dürfen.

- 4.2 **Toilettenkonzept, Zwischenbericht**
hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Toilettenkonzept" AN/2050/2011 aus der Sitzung am 06.12.2011 0517/2012

Hr. Dr. Schulz empfindet den Zwischenbericht die Mitteilung als befremdlich. Das die Verwaltung erst im Jahr 2015 versucht das Toilettenkonzept umzusetzen sei nicht akzeptabel. Er appelliert an die Verwaltung dass die Unmutsäußerung an den zuständigen Dezernenten weiter geleitet werde.

Herr Helling sagt, dass er ein dramatisches Versagen der Verwaltung sehe. Er macht dies an dem Beispiel des Toilettenkonzeptes Poller Wiesen deutlich, dass 2009 vom Rat beschlossen wurde. 2010 berichtete dann die Verwaltung, dass dieses Konzept nicht angenommen wurde. Im Anschluss daran sei von der Verwaltung mitgeteilt worden, dass ein weiterer Versuch mit den Toiletten scheitern würde, am Versagen des zweiten Arbeitsmarktes und der erste Arbeitsmarkt sei zu teuer. Dieses unkreative umgehen mit der Situation zeige deutlich das Versagen der Verwaltung, die keine weiterführende Ideen entwickelt habe um das Konzept zu verwirklichen. Weil erste Maßnahmen 180.000,- € Kosten würden, solle die Politik diese Kosten in die Haushaltsplanberatungen aufnehmen damit die Verwaltung damit nicht belastet werde.

Frau Gärtner, Frau Lerchner und Frau Schmerbach schließen sich der Kritik der Vordredner an und betonen, dass die Verwaltung zwei Ratsbeschlüsse missachtet habe. Es sei nicht das verschulden der Sozial- sondern der Bauverwaltung. Auch müsse bei dem Toilettenkonzept an die Barrierefreiheit gedacht werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass der Ausschuss die Mitteilung echauffiert mit Unverständnis und Unmut zur Kenntnis nehme. Auch sei ihm unklar, wieso die Umsetzung des Konzeptes erst 2015 beginnen könne. Er bittet Frau Reker, den Stadtvorstand von dem Unmut des Ausschusses zu informieren.

Frau Reker sagt zu, dass sie die zuständigen Stellen in der Verwaltung über den Unmut des Ausschusses in Kenntnis setzen werde.

4.3 Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln, Handlungsleitfaden Sozialraumkoordination 0841/2012

Die Mitteilung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

4.4 Fachtagung "So kann man doch nicht leben! Vermüllt und verwahrlost" 0860/2012

Die Mitteilung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

4.5 Bericht über die Winterhilfeaktivitäten 2011/2012 des Amtes für Soziales und Senioren für Wohnungslose Bürgerinnen und Bürger 0711/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Stadt Köln die Winterhilfeaktivitäten gut ausführt.

Herr Helling findet ebenfalls, dass die Stadt Köln und die Hilfsorganisationen bei diesem Thema gut aufgestellt seien. Trotzdem habe es im Deutzer Hafen einen Todesfall gegeben. Hierzu fragt er nach, ob dieser Todesfall im Hilfesystem bekannt war oder ob dies jemand war der keine Verbindung zu dem Hilfesystem hatte.

Frau Reker antwortet, dass ihr nicht bekannt sei, ob der Todesfall in Verbindung mit dem Hilfesystem stehen würde. Sie dankt ebenfalls den Hilfsorganisationen/Trägern und den Verwaltungsmitarbeitern/Verwaltungsmitarbeiterinnen welche nicht aus der

Ordnungsverwaltung und Sozialverwaltung kommen, sich aber bei den kalten Temperaturen für die Mithilfe zur Verfügung gestellt haben.

Herr Koch und Frau Hoyer schließen sich dem Dank an und ziehen die KVB mit in die positive Arbeit mit ein.

Herr Dr. Unna begrüßt, das Wohnungslose mit Tieren Notaufnahmepplätze angeboten wurden. Er fragt weiter, ob genügend Plätze für junge Erwachsene mit Tieren vorhanden seien.

5 Wohnen

5.1 "Wohnen für Hilfe" Köln erhält weitere Anerkennung 0828/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold spricht seine Anerkennung für das Projekt „Wohnen für Hilfe“ aus und gratuliert zu der erneuten Auszeichnung.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

Die Mitteilung und der Sachstandsbericht liegen dem Protokoll bei.

Frau Gärtner bittet um eine Übersicht für die laufenden Maßnahmen zu Mülheim 2020 in Form einer Ampel, damit zu sehen sei, in welchem Stadium sich die Projekte befinden würden.

Frau Schlich antwortet, dass eine Ampellösung schwierig sei, da sich die Projekte immer wieder in unterschiedlichen Phasen befinden würden. Sie schlägt eine Liste vor, in der die Projekte und der aktuelle Sachstand kurz dargestellt werden.

Frau Hollmann unterstützt das Anliegen von Frau Gärtner.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass der Ausschuss gerne valide und kurze Informationen über den jeweiligen Sachstand der Projekte erhalten würde.

Herr Helling bittet um ein Fazit, was mit den ursprünglich verplanten Geldern passiert.

6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 0896/2012

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln 0769/2012

Herr Klein fragt, wie es zu der unerwarteten, zusätzlichen finanziellen Zuteilung von 2,4 Millionen €, aus Bundesmitteln, gekommen sei. Das Verwaltungskostenbudget beläuft sich auf 90,6 Millionen €. Wie liegt das Jobcenter Köln bei den Verwaltungsausgaben im Bundesvergleich? Worin liegen die Gründe, dass eine Integration immer häufiger nicht mit einer Unabhängigkeit von Leistungen nach dem SGB II einher gehe und wie könnte dieser Prozess wieder verändert werden?

Herr Kulozik antwortet, dass die zusätzlichen finanziellen Zuwendungen vom Bund für Sonderfälle vorgehalten wurden und daher recht spät an die Jobcenter verteilt wurden. Im bundesweiten Vergleich mit anderen Jobcentern, liegt das Jobcenter Köln im unteren Drittel. Die Anzahl der Menschen, die Arbeiten, aber zusätzlich SGB II Leistungen erhalten wächst. Die Gründe liegen in dem Bereich, dass immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse bestehen, Menschen die sich in Teilzeit befinden und Minijobs ausführen. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den Integrationen. D.h. diese Menschen sind trotz Arbeit auf die Unterstützung des Jobcenters angewiesen.

Frau Gärtner fragt, warum 1,4 Millionen € nicht ausgegeben wurden.

Herr Kulozik antwortet, dass wenn 1,4 Millionen € für Arbeitslose nicht ausgegeben werden, sei dies ein hoher finanzieller Betrag. Die Situation sei aber so, dass über 100% nicht ausgegeben werden dürfe. Bei 70 – 80 Millionen € Gesamtbudget werde immer versucht möglichst alles zu verausgaben. 97,4% des Budgets wurden verausgabt, was in der Summe einen guten Wert darstelle.

Frau Eggeling fragt, ob eine unerwartete Zuteilung der Bundesmittel die Regel sei und wann der Ausschuss mit einem Maßnahmenkatalog rechnen könne?

Herr Kulozik antwortet, dass unerwartete Zahlungen auch unerwartet kommen und man deshalb nicht damit planen könne. Das Budget ist von 73 Millionen € aus dem letzten Jahr auf 58 Millionen € in diesem Jahr gekürzt worden. Dies werde negative Auswirkungen auf die Umsetzung von Maßnahmen als auch Auswirkungen für die Träger, zur Folge haben. Deshalb sei eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Trägern wichtig. Er werde versuchen in der nächsten Sitzung exakt zu berichten.

Frau Reker fasst zusammen, dass die nicht verausgabten finanziellen Mittel ausschließlich auf die unerwartete zusätzliche finanzielle Zuweisung (2,4 Millionen €) zurückzuführen sei. Zusätzlich erinnert sie den Ausschuss daran, dass in den vergangenen Jahren die nicht verausgabten Mittel wesentlich höher waren. Ziel sie es in Köln, dass keine finanziellen Mittel zurück gegeben werden sollen. Es sei auch nicht zulässig, finanzielle Mittel auf das nächste Jahr zu übertragen.

Frau Schmerbach bittet die Politik tätig zu werden, dass die nicht verausgabten finanziellen Mittel in das neue Jahr übertragen werden dürfen. Sie fragt nach, ob die Jobperspektive für psychisch Kranke eingestellt sei und wenn dies so sei wie die Alternativen aussehen würden.

Herr Kulozik antwortet, dass die Jobperspektive für psychisch Kranke über ein Förderzentrum fortgesetzt werden solle.

Herr Detjen fragt nach den Kosten der Unterkunft, diese seien gesunken obwohl die Bedarfsgemeinschaften herunter gegangen seien.

Herr Kulozik antwortet, dass die Kosten der Unterkunft eher über die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu steuern sei.

Herr Dr. Schulz dankt dem vorherigen Geschäftsführer und den bereits ausgeschiedenen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und das gute Ergebnis. Er bemängelt, dass schlecht organisierte Arbeitgeber, die schlechten Lohn bezahlen, teilweise katastrophale Arbeitsbedingungen anbieten, sich darauf verlassen können, enorme Fördermittel einzustreichen. Dies sei eine Fehlentwicklung einer gut und sinnvoll gemeinten Absicht Menschen im Niedriglohnsektor zu helfen. Seiner Meinung nach, kann diese Förderpraxis nicht richtig sein und muss diskutiert und korrigiert werden. Er plädiert für eine differenziertere Betrachtung dieses Prozesses.

Frau Hoyer schließt sich der Meinung der Vorredner an. Sie bittet um eine Erklärung warum die Entwicklung bei Anzahl der Bedarfsgemeinschaften so unterschiedlich verlaufe.

Frau Reker antwortet, dass die Langzeitarbeitslosen nicht in dem Maße profitieren wie die anderen Arbeitslosen.

Frau Holtmann fragt, welche Maßnahmen das Jobcenter für Mitarbeiter/innen mit Kind anbieten würde.

Herr Kulozik antwortet, dass die Maßnahme „Mobiles Kinderzimmer“ gerade begonnen habe. Dies können die Beschäftigten nutzen. Es bestehen aber noch keine Erfahrungswerte über die berichtet werden könne. Ebenfalls gebe es in der Luxemburgerstr. ein Betreuungszimmer für Kinder. Herr Kulozik sichert zu, dass sobald konkrete Erfahrungsberichte vorlägen, er dem Ausschuss darüber berichten würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold begrüßt die Anstrengungen des Jobcenters für Eltern mit Kind.

7.2 Anfragen zum Jobcenter

Herr Dr. Schulz fragt, ob der Verwaltung die genaue Höhe der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veranlassten Kürzung des Integrationshaushaltes des Jobcenters Köln bekannt sei und neben katholischen auch andere konfessionell gebundene und freie Träger und die von Ihnen betreuten Zielgruppen betroffen seien. Weiter fragt er, ob die Verwaltung hinsichtlich der Auswirkungen in der Lage sei mitzuteilen, welche Prioritäten in Bezug auf die Weiterförderung von Zielgruppen und/oder Sozialräume gesetzt werden.

Frau Gärtner begründet den eingereichten Antrag.

Herr Kersjes fragt zusätzlich zum CDU Antrag, was sich konkret im Gesetz verändert hat.

Herr Helling erinnert an den Ratsantrag vom 14.07.2011 "Forderungen zur Instrumentenreform SGB II und SGB III" und möchte wissen, welche Auswirkung dieses Gesetz auf die Kölner Beschäftigung und den Kölner Haushalt habe. Im Folgenden ist der Beschluss vom 14.07.2011 aufgeführt. Er bittet darum, dass ein ausführlicher Bericht zu diesem Thema in der nächsten Sitzung vorgelegt werde.

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Forderungen zur Instrumentenreform des SGB II und SGB III"

AN/1451/2011

Beschluss:

I. Zur Gesetzgebung:

- Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, die von der Bundesregierung vorgelegte Instrumentenreform des SGB II und des SGB III aus sozialpolitischem Interesse in der vorgelegten Fassung nicht zu beschließen, sondern die Dezentralität der Jobcenter vor Ort zu stärken, sowie die Individualität und Qualität stärker in den Fokus zu nehmen.
- Dazu fordert der Rat der Stadt Köln, dass
die individuellen Bedarfe von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern hinsichtlich der Dauer, der Qualität und der Intensität von Arbeitsförderungsmaßnahmen berücksichtigt werden;

sowohl Instrumente für arbeitsmarktnahe als auch für integrationsferne erwerbsfähige Hilfeempfänger mit adäquaten dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten bleiben;
der sozialpolitische Leitgedanke des SGB II mit dem Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, insbesondere für Menschen, die dauerhaft keine Integrationschance auch im ersten Arbeitsmarkt haben, gestärkt wird;

ein Arbeitsmarktprogramm aufgelegt wird, das weiterhin dauerhafte Förderungen wie z.B. den §16e SGB II vorsieht, um den bundesweit ca. 450.000 vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen auch eine wirkliche Chance auf Integration zu bieten;

die Ausweitung von Gutscheinen zurückgenommen wird, da sie den Anforderungen der Zielgruppe nicht entspricht: Langzeitarbeitslose Menschen benötigen individuelle persönliche Beratungsgespräche und Hilfen zur Orientierung

die massive Reduzierung der Bundesmittel zur Eingliederung zurückgenommen wird, damit die Jobcenter nicht einseitig den Schwerpunkt auf arbeitsmarktnahe Hilfeempfänger und deren Integration legen müssen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung anlässlich der Resolution über die Auswirkungen der geplanten Instrumentenreform im SGB II auf die Beschäftigungsförderung in Köln und den Kölner Haushalt zu informieren. Die Ausschüsse für Soziales und Senioren, Wirtschaft und Finanzen werden über diese Auswirkungen informiert.

II. Zur Umsetzung des Integrationsprogramms:

Der Rat der Stadt Köln fordert die mit der Umsetzung befassten Institutionen auf, Ratssitzung vom 14.07.2011 Seite 40

im Integrationsprogramm 2012 ausgewogene Maßnahmen für arbeitsmarktnahe und integrationsferne erwerbsfähige Hilfeempfänger vorzusehen. Dabei sind insbesondere folgende Schwerpunkte des Kölner Hilfesystems, die ursprünglich als Modell bei der Entwicklung des SGB II Pate gestanden haben, im Integrationsprogramm zu berücksichtigen: ProVeedel-JobBörsen, JobBörsen für Zielgruppen, Wege in Arbeit, Sprungbrett, JobPerspektive und Jugendbüros.

den im SGB II vorgesehenen Personalschlüssel von einer Integrationskraft je 75 unter 25 jährigen bzw. je 150 über 25 jährigen erwerbsfähigen Hilfeempfängern nachhaltig umzusetzen. Die Träger des Jobcenters Köln sind dazu aufgefordert, alle notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Ressourcen bereitzustellen. Die Arbeitsagentur wird gebeten, ihren Teil der Personalgestellung im Jobcenter angemessen und sozialverträglich anzupassen. Derzeit übernimmt die Stadt Köln bereits den überwiegenden Teil der Verantwortung, so dass von der Arbeitsagentur erwartet wird, nun ihren Anteil zu erbringen.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 03/2012 0531/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt den vorliegenden Bericht und die einfache Sprache in der er verfasst ist. Er bedauert die geringe Auflagenhöhe von 300 Stk.

Frau Reinecke antwortet, dass dies der erste Start für die Stadtteile Ehrenfeld, Kalk und Mülheim sei und bei entsprechender Nachfrage hofft sie, dass die Auflage vergrößert und weitere Stadtteile hinzugefügt werden könnten.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern - Frauenhäuser stärken AN/2062/2011

**Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder
– Frauenhäuser stärken
AN/2152/2011**

**TOP 9.1 Gem. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen "Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder - Frauenhäuser stär-
ken"
AN/0129/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass schützenswerte Informationen, die in den Nicht Öffentlichen Teil der Sitzung gehören, bitte nicht im Öffentlichen Teil angesprochen werden sollten.

Frau Hoyer erläutert den FDP Antrag. Sie weist auf drei Punkte hin.

1. Den Trägervereinen soll eine verlässliche Planung ermöglicht werden.
2. Auch Jungen über 12 Jahren sollen aufgenommen werden können
3. Es soll eine generelle Barrierefreiheit gewährleistet werden.

Zum Beleg eines dritten Frauenhauses fügt sie an, dass für 7.500 Einwohner ein Frauenplatz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen solle. Dies sei in Köln nicht gegeben.

Zusätzlich erläutert sie, dass Bonn, mit einer wesentlich geringeren Einwohnerzahl, ebenfalls wie Köln, zwei Frauenhäuser unterhält. Für Köln seien also zwei Frauenhäuser zu wenig.

Nach den ihr vorliegenden Statistiken, seien ausschließlich Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Um diese Frauen aufzufangen, müsse ein drittes Frauenhaus in Köln angeboten werden.

Auch die Rot-Grüne Landesregierung habe festgestellt, dass Köln ein drittes Frauenhaus benötige und eine Teilfinanzierung in Aussicht gestellt. Auch wenn die Kölner Finanzlage momentan schwierig sei, müsse die Priorität auf ein drittes Frauenhaus gelegt werden.

Herr Helling nimmt zu den Anträgen Stellung.

Er empfindet, dass der FDP Antrag nicht solide durchdacht sei und nur darauf abziele, dass sofort irgendetwas passieren solle. Ein solcher Initiativantrag sei einer politischen Fraktion unwürdig. An der Schwäche, dass in der Verteilung der Bundesländer ein völliges Ungleichgewicht herrsche, werde im FDP Antrag nicht gearbeitet. Auch müssten bis mindestens 500.000,-€ sofort zusätzlich mobilisiert werden, was aufgrund der momentanen Haushaltslage ebenfalls nicht durchdacht sei.

Der vorliegende Antrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei seriöser und nicht einer spontanen Initiative entsprungen. 83.000,- müsste die Verwaltung bei dem SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufbringen ohne den kommunalen Haushalt zu belasten. Die Mobilisierung des Geldes sollte mit dem Jobcenter erfolgen. Damit sei der Bestandsschutz gewährleistet.

Da die betroffenen Kölner Frauen nicht nur Kölner Frauenhäuser belegen, sondern auch Häuser im Umland, sei es vor allem auch ein landespolitisches Problem. Dauerhaft müsse an der strukturellen Unterversorgung von Frauenhäusern in NRW gearbeitet werden. Auch gebe es im Kölner Umland Frauenhäuser, die in machen Zeiten na-

hezu unbesetzt seien. Deshalb könne man die NRW Landesregierung nicht aus der Verantwortung entlassen.

zu Punkt drei des Antrages der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liest Herr Helling folgende Änderung vor.

- 1) Falls sich weiterer Bedarf für Köln erkennen lässt, wird die Verwaltung gebeten, u.a. Folgendes zu prüfen:
 - Ausweitung der Platzzahl
 - Ausrichtung auf spezielle Nutzergruppen, wie z.B. Frauen mit älteren männlichen Kindern und Frauen mit Behinderungen
 - Bauplanungen, die in Richtung auf fachlich erwünschte eher wohnungsmäßige Unterbringung abzielen.
 - Konzepte, die eine Verkürzung überlanger Verweildauern ermöglichen

Das Ergebnis dieser Prüfungen sollte auch in die Planungen des angekündigten Abriß/Neubauprogramms eines Frauenhauses einbezogen werden.

Frau Gärtner sagt, dass die CDU ihren Antrag zurück ziehe und den Antrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützen würde.

Herr Detjen empfindet die Kritik von Herrn Helling am FDP Antrag als unangemessen.

Frau Hoyer empfindet den Antrag der FDP Fraktion als seriös und ernsthaft. Frauen die von Gewalt bedroht sind, suchen die Anonymität der Großstadt und sollten dann nicht einfach in das Umland abgeschoben werden. Deshalb braucht Köln ein drittes Frauenhaus.

Frau Wilden würde dem Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

Frau Hoyer fragt, ob die Verwaltung ein drittes Frauenhaus für notwendig erarten würde.

Frau Reker antwortet, dass Köln im Verhältnis zu der Einwohnerzahl im Vergleich zu den anderen Großstädten nicht mit genügend Plätzen ausgestattet sei. Allerdings seien im Umland laufend Plätze in Frauenhäusern frei. Aus einer Recherche konnte ermittelt werden, dass im letzten Jahr 1270 Frauen in Kölner Frauenhäusern abgelehnt wurden. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Frauen unversorgt geblieben sind. Sie könnten einen Platz im Umland erhalten haben. Dies sei aber nicht zu recherchieren.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf die Mitteilung im Nicht Öffentlichen Bereich hin.

Herr Detjen fragt, ob der Verwaltung nicht bekannt sei, wie viele Ablehnungen ausgesprochen würden und ob es eine Klage gegen die Stadt Köln von einer abgewiesenen Frau gebe.

Frau Reker antwortet, dass sie seit ca. einem halben Jahr im Gespräch mit den Frauenhäusern über die Finanzierung und Auslastung sei. Auch gebe es keine Klage gegen die Stadt Köln von einer abgewiesenen Frau.

Herr Helling bestätigt, dass viele Frauen aus dem Umland in Köln aufgenommen werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ermittelt aus der Mitteilung, dass 63% der aufgenommenen Frauen nicht aus Köln kommen.

Frau Schmerbach stellt fest, dass alle Fraktionen den betroffenen Frauen und Kindern helfen wollen.

Frau Eggeling fragt, was mit den abgelehnten Frauen passiert?

Frau Reker antwortet, dass nicht gesichert festgestellt werden könne, was mit den abgelehnten Frauen passiere. Ob sie in ein anderes Frauenhaus gehen, Zuhause bleiben, oder andere Möglichkeiten wählen ist nirgendwo dokumentiert.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt ebenfalls fest, dass sich die Frage von Frau Eggeling nicht abschließend beantworten lasse. Aber aktuell gäbe es in den Frauenhäusern freie Plätze.

Frau Hoyer formuliert ihre Bedenken, dass Frauen, wenn sie von den Frauenhäusern abgewiesen würden, in der häuslichen Gewalt „gefangen“ wären. Dies sei ein unhaltbarer Zustand.

Frau Reker vermittelt, dass grundsätzlich keine Frauen unversorgt bleiben würden. Selbst wenn sie in Köln abgewiesen würden, würden die betroffenen Frauen an andere Frauenhäuser weitervermittelt. Für die Verwaltung sei es sehr schwer den exakten Bedarf an benötigten Plätzen zu schätzen. Voraussetzung für eine gute Versorgung der betroffenen Frauen sei eine Absprache mit dem Land, um einen genauen Überblick über den entsprechenden Bedarf festzustellen.

Herr Detjen schlägt vor, über dieses Thema eine Ratsresolution an das Land zu richten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass unter Punkt 2 des gemeinsamen, vorliegenden Antrags steht ähnliches drin, so dass eine weitere Initiative nicht notwendig sei.

Frau Hoyer bedauert, dass sie in der Sitzung, keine Möglichkeit hatte, Frau Peter (stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte) nach einem Statement zu diesem Thema zu befragen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über den gemeinsamen Antrag, in der jetzt vorgelegten Form, von der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und CDU Fraktion, abstimmen. Er stellt fest, dass der Antrag mit 13 Ja Stimmen und einer Gegenstimme der FDP Fraktion angenommen wird. Damit wird im Folgenden über den Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt. Er stellt fest, dass diesem Antrag einstimmig zugestimmt wird und bedankt sich bei allen für die lebhafte und intensive Diskussion.

Beschluss:

Der FDP Antrag wird wie folgt ersetzt:

- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, für die für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. festgestellte Unterdeckung (Vgl. Mitteilung im nichtöffentlichen Teil) durch Verhandlungen mit dem Job-Center Köln eine positive Lösung zu finden.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Träger eine Ratsvorlage vorzubereiten, die den Ratsbeschluss von 1993 so anpasst, dass eine zeitgemäße und fachlich qualifizierte Arbeit der beiden autonomen Frauenhäuser ermöglicht wird.

Dabei sollten folgende Maßgaben beachtet werden:

- in weiteren intensiv zu führenden Gesprächen mit dem Land muss es Ziel sein, die Struktur und den Umfang der Landesförderung zu optimieren
- der Träger muss unterstützt werden, auf finanzieller und administrativer Ebene eine hohe Professionalität und Transparenz herzustellen

- 4) Falls sich weiterer Bedarf für Köln erkennen lässt, wird die Verwaltung gebeten, u.a. Folgendes zu prüfen:
- Ausweitung der Platzzahl
 - Ausrichtung auf spezielle Nutzergruppen, wie z.B. Frauen mit älteren männlichen Kindern und Frauen mit Behinderungen
 - Bauplanungen, die in Richtung auf fachlich erwünschte eher wohnungsmäßige Unterbringung abzielen.
 - Konzepte, die eine Verkürzung überlanger Verweildauern ermöglichen

Das Ergebnis dieser Prüfungen sollte auch in die Planungen des angekündigten Abriß/Neubauprogramms eines Frauenhauses einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Neueinrichtung von Bürger- (und Vereins-) Zentren AN/0025/2012

10.1.2 Anfrage im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales zum Thema Kältebus 0659/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es keine Kältebusse in der Stadt geben würde.

10.1.3 Neueinrichtung von Bürger- (und Vereins-) Zentren 0871/2012

Frau Hoyer empfindet die Antwort der Verwaltung als ehrlich, aber traurig.

10.2 Aktuelle schriftliche Anfragen

10.2.1 Energiearmut AN/0317/2012

Herr Detjen bittet um eine umfangreiche Antwort.

10.2.2 Betriebsintegrierte Werkstattarbeitsplätze und Ausbildungsplätze für behinderte Menschen AN/0329/2012

Herr. Paetzold fragt die Verwaltung, ob sie diese Vorlage schriftlich beantworten möchte.

Herr Helling erinnert an eine ähnliche Vorlage aus dem Jahr 2011 (1606/2011) die von der Verwaltung, ohne Angabe von Gründen, zurückgezogen wurde. Herr Helling bittet die Verwaltung um Aufklärung des Sachverhaltes, warum die damalige Vorlage zurückgezogen wurde.

**10.2.3 Drohende Schließung von Einrichtungen des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und des Sozialdienstes katholischer Männer (SKM)
AN/0367/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits abgearbeitet sei.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**11.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeitsbericht 2011
0170/2012**

Frau Schmerbach fragt, wie in den zukünftigen Baubereichen das Thema Barrierefreiheit auch immer berücksichtigt werde.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung, methodisch den Prozess der Barrierefreiheit aufarbeiten würde. Wenn dieser Prozess abgeschlossen sei, werde die Verwaltung der Politik das Ergebnis präsentieren. Daraufhin müsse die Politik den zukünftigen Standart festlegen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt den Arbeits- und Erfahrungsbericht 2011 und bittet den Ausschuss Soziales und Senioren diesen zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt den Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik 2011 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung und Überlassungsverordnung
0327/2012**

Frau Gärtner sagt, dass die CDU Fraktion die Vorlage ablehnen werde, da sich dadurch das Investitionsklima im Wohnungsbau nicht verbessern werde.

Frau Hoyer lehnt die Vorlage für die FDP Fraktion ebenfalls ab.

Herr Detjen erinnert die CDU Fraktion daran, dass sie das Wohnungsbauprogramm (wo zusätzliche Wohnungen in Köln gebaut werden sollen) von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke im Rat ebenfalls abgelehnt habe. Er folgert daraus, dass die CDU Fraktion kein wirkliches Interesse an weiteren Wohnungen in Köln habe. Die Fraktion die Linke werde den Antrag unterstützen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung von Beschlussvorlagen für folgende neue Satzungen:

a) eine Wohnraumschutzsatzung

sowie

b) eine Mieterbenennungssatzung.

Hierbei soll sie auch die Lage der Wohnraumversorgung in Köln anhand geeigneter Indikatoren darlegen.

Abstimmungsergebnis:

Wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU Fraktion, FDP Fraktion und pro Köln zugestimmt.

**13.2 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirk
0270/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert den Änderungsantrag.

Herr Detjen äußert sich lobend über den Bericht.

Frau Gärtner sagt, dass die CDU Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde.

Herr Helling plädiert dafür, dass der Bericht in die Ausschüsse weitergeleitet werden solle.

Frau Hoyer stellt für die FDP Fraktion fest, dass sie ebenfalls dem Änderungsantrag zustimmen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über den Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen und stellt fest, dass diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt wurde. Im Anschluss daran, lässt der Vorsitzende Hr. Paetzold über den gesamten Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat folgenden **geänderten** Beschluss zu fassen:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden um zwei Jahre zu verlängern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, dass der seit dem Jahr 2000 geltende Sperrbezirk Köln-Höningen – wie von der Stadt Hürth vorgeschlagen – künftig den südlichen Kreisverkehr der Straße „Am Eifeltor“ mit erfassen soll.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den neuen Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Rodenkirchen und den beteiligten Ausschüssen den im Frühjahr 2012 vorliegenden Bericht über die Bedarfserhebung im Bereich des Straßenstrichs im Kölner Süden mit wissenschaftlichen Methoden („rapid assessment) zeitnah vorzulegen. Handlungsvorschläge für begleitende gesundheitliche und soziale Maßnahmen sind zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen, soweit die Finanzierung gesichert werden kann.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**hier: TOP 13.2 Vorlagen-Nr. 0270/2012 "Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes"
AN/0366/2012**

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Mündliche Anfragen

Frau Gärtner bittet um einen Sachstandsbericht zu Boltensternstr. 14.

Der Vorsitzende Herr Paetzold antwortet, dass aktuell im Kölner Stadt Anzeiger ein Artikel zu diesem Thema veröffentlicht wurde. In diesem Artikel werde aufgeführt, dass Die Bewohner des Hauses dort wohnen bleiben können. Frau Gärtner ist mit der Antwort zufrieden.

Frau Schmerbach fragt, wann der Ausschuss mit dem Handlungskonzept (Aktionsplan) zur Barrierefreiheit rechnen könne?

Frau Reinecke antwortet, dass der Bericht augenblicklich erstellt werde. Wann dieser Bericht fertig sei, könne sie aber heute noch nicht sagen.

Herr Detjen hat folgende Fragen, zu dem Thema „Kosten der Unterkunft bei der Erhöhung der Grundsteuer“.

Anfrage:

Kosten der Unterkunft bei Erhöhung der Grundsteuer

Im Jahr 2011 hat es über 900 Fälle in Köln gegeben in denen, der für die Stadt Köln maßgebliche Mietrichtwert nicht eingehalten und die Kunden zum Fachdienst SKDU verwiesen wurden. Auf Grund mangelnder Versorgung mit günstigem Wohnraum und dem unter anderem daraus resultierenden Anstieg der Mieten in Köln, ist zukünftig mit höheren Fallzahlen zu rechnen. Die von SPD und Grünen beschlossene Grundsteuererhöhung wird die Mieten ein weiteres Mal anheben.

DIE LINKE bittet Sie daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Betroffene erhalten nur Leistungen zur Deckung der Kosten der Unterkunft als so genannte „Aufstocker“?
2. Bei wie vielen Betroffenen insgesamt werden aus welchen Gründen (Einkommensanrechnung oder Überschreitung des Mietrichtwertes?) nicht die vollständigen Kosten der Unterkunft übernommen?
3. Wie wird durch die entsprechenden Stellen reagiert werden, wenn durch die Erhöhung der Grundsteuer die tatsächlichen Kosten der Unterkunft über den für die Stadt Köln maßgeblichen Mietrichtwert steigen und wie viele Menschen werden hiervon betroffen sein?
4. Welche Auswirkungen hat die Erhöhung der Grundsteuer für Bezieher und Anspruchsberechtigte von Wohngeld? Das heißt, wird es mehr Anspruchsberechtigte geben oder werden Menschen aus der Wohngeldförderung herausfallen, weil die Kosten der Unterkunft zu hoch geworden sind?
5. Wird die mit der Erstellung eines „schlüssigen Konzeptes“ für die Kosten der Unterkunft im Bereich der Stadt Köln befasste städtische Arbeitsgruppe die derzeitige und eventuell zukünftige Erhöhungen der Grundsteuer mit einarbeiten?

Herr Helling fragt, wann die Verwaltung ein Konzept zu einem möglichen Anschlussprojekt, nach dem zusammengebrochenen Projekt „Haushaltsnahe Dienstleistungen“, vorlegen könne und wie es sich realisieren lasse.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung daran arbeiten würde, einen exakten Zeitpunkt könne sie aber nicht nennen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt noch einmal die Bedeutung dieses Projektes „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ heraus

17.1 Frauenhäuser 0017/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Nachfragen mehr gebe.